

ÜBER DEN STELLENWERT VON VERMITTLUNGSPROBLEMEN IN DEN VORSCHLÄGEN ZU EINEM HESSISCHEN MUSEUMSENTWICKLUNGSPLAN

Alternativ: Die Frage nach der Vermittlung des Museumsgutes

1.

Sowohl Naturprodukte, als auch Kulturprodukte, also Artefakte, wurden bis zur französischen Revolution in fürstlichen Sammlungen zusammengetragen.¹ Eine Unterscheidung zwischen Naturprodukten, etwa einem Mineral, einem Skelett oder einer Versteinering und von Menschenhand gefertigten Dingen, etwa einem Gemälde, einem Kelch oder einer Münze, wurde in diesen Sammlungen nicht gemacht. Die fürstlichen Sammlungen waren nicht für jedermann betretbar, nur in Ausnahmefällen erhielten besonders Interessierte Zugang. Wie die aristokratische Gesellschaft im Allgemeinen, dient spätestens im 18. Jahrhundert auch die Sammlung schöner und kurioser Gegenstände der Repräsentation des Monarchen.² Sind die Sammlungen ausnahmsweise dem „Publikum“ zugänglich, so bedeutet das gewöhnlich Zutritt für die „gebildeten Stände“ und nicht den „gemeinen Mann“. Dies gilt zum Beispiel für das erste öffentliche und erste staatliche Museum, das British Museum. Es war tatsächlich nur einem kleinen Kreis von Gelehrten zugänglich, über die Zulassung entschied der Assistent des Museums.⁴ Erst in der Folge der Französischen Revolution wurden die Museen der Allgemeinheit geöffnet. Sie werden als „moralische Anstalten“ Institutionen des Bildungswesens.⁵ Da jedermann das Museum betreten darf, hat man daraus abgeleitet, daß es „das demokratischste aller Bildungsinstitute“ sei.⁶ Schon die Steigerungsform von „demokratisch“ verrät eine gewisse Naivität der Problemstellung gegenüber, hinter der genannten Auffassung steht jedoch eine Blindheit für das Verhältnis von Erkenntnis und Interesse. Die im Museum gezeigten Gegenstände vermitteln sich nicht von selbst⁷; der Umgang mit diesen Gegenständen im Allgemeinen, mit dem einzelnen Gegenstand im Besonderen muß im Museum zum Thema gemacht werden.

2.

Die gesellschaftlichen Veränderungen, deren Höhepunkt im Deutschen Reich die Revolution vom November 1918 war, erforderten auch eine Veränderung des Museumswesens.⁸ Um das Niveau handwerklicher Tätigkeit zu heben, war schon in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts ein neuer Museumstyp entstanden, das Museum für Kunsthandwerk, für Kunst und Gewerbe oder für Kunst und Industrie. Bildung und Ausbildung wurde bei diesen Museumsgründungen ineinander verzahnt, meist bildeten Museum und Kunstgewerbeschule eine Einheit.⁹ Aufgeschreckt durch die Ereignisse vom November 1918 erscheinen 1919 viele Arbeiten von Museumsleuten, die darauf hinweisen, daß das Museum seine Aufgaben als Institution des Bildungswesens ernst zu nehmen habe. Zu einer grundlegenden Neuordnung des Museumswesens kommt es jedoch nicht.

So wird nach dem Zweiten Weltkrieg in der Museumskrise der 60er Jahre ein Problem unübersehbar, das schon gut ein halbes Jahrhundert alt ist. Inhalt und Organisation der Museumstätigkeit erweisen sich als dringend reformbedürftig. Da jedoch die

Museen – d.h. die dort Tätigen – nicht in Eigeninitiative zu der notwendigen Reform in der Lage sind, wird dies zu einer Aufgabe der öffentlichen Hand. Hierbei stehen die Forderungen nach mehr Geld von seiten der Museen und die Forderungen nach mehr Leistung von seiten der Öffentlichkeit in einem Wechselverhältnis zueinander. Ihre endgültige kodifizierte Form findet die notwendige Reform in sogenannten Museumsentwicklungsplänen. Allerdings finden viele Veränderungen auch unterhalb dieser Ebene statt.¹⁰

3.

Für einen hessischen Museumsentwicklungsplan liegen Vorschläge zweier unterschiedlicher Interessengruppen vor: Sowohl die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hessen,¹¹ als auch der Hessische Museumsverband¹² haben einen solchen Plan erarbeitet. Beide Vorschläge reagieren auf einen Antrag der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag vom 4. November 1969, in dem die Hessische Landesregierung aufgefordert wird, „eine langfristige Konzeption für die staatlichen und nichtstaatlichen Museen zu entwickeln und dem Landtag bis zum 31. März 1970 einen detaillierten Bericht vorzulegen“.¹³ Dieser Antrag wurde am 10. September 1970 vom Kulturpolitischen Ausschuß beraten, die Terminierung wurde dabei gestrichen.¹⁴ In der Sitzung vom 1. Oktober 1970 hat der Landtag diesem Antrag mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP zugestimmt, die NPD hat sich der Stimme enthalten.¹⁵ In dem Antrag der FDP-Fraktion wird das oben ange-deutete Problem klar thematisiert, es heißt da, daß der von der Landesregierung angeforderte Bericht einen „auf 10 Jahre angelegten Entwicklungsplan für die Museen in Hessen“ enthalten sollte. Folgende Punkte werden besonders angesprochen:

- „ a) Die Anpassung der zum Teil im 19. Jahrhundert konzipierten Museumsarbeit an die veränderten Bedingungen und Aufgaben der heutigen Gesellschaft mit neuen Formen der Präsentation, damit nicht nur die Zahl der Besucher, sondern zugleich die Wirkung auf die Besucher gesteigert wird.
- b) Enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Museum in allen Bereichen, mit dem Ziel, die Museen als Teil des Gesamtbildungssystems wirken zu lassen.
- c) Die Koordinierung und gegenseitige Ergänzung der staatlichen und nichtstaatlichen Museen.“

Die Punkte a) bis c) formulieren Erwartungen der öffentlichen Hand an die Museen, in einem weiteren Punkt wird im Gegenzug Geld in Aussicht gestellt; ein Finanzierungsplan soll unter anderem vorsehen:

- „ a) Die Erhöhung der Mittel für Bauten und Generalreparaturen.
- b) Die Erhöhung der Ankaufsmittel, insbesondere für zeitgenössische Kunst.
- c) Zusätzliche Planstellen, insbesondere für pädagogische Mitarbeiter.
- d) Einen Globalansatz für die Förderung des Ausbaus und der Arbeit der nicht-staatlichen Museen ...“

Bis heute wurde kein Museumsentwicklungsplan vorgelegt. In den Koalitionsvereinbarungen der seinerzeit antragstellenden FDP mit der SPD vom Ende 1974 gerinnt die Forderung des Antrags zu dem Satz:

„Die Museumsentwicklung, die Entwicklung des Büchereiwesens und die Förderung von Jugendmusikschulen sind gesetzlich so zu regeln, daß zusammen mit dem Volkshochschulgesetz und dem Erwachsenenbildungsgesetz die Voraussetzungen für ein

umfassendes Weiterbildungsgesetz geschaffen werden ...“

Der Weiterbildungsbereich und damit auch der Museumsentwicklungsplan werden in der Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten Albert Osswald vom 22. Januar 1975 nicht erwähnt.

Der Gerechtigkeit halber muß jedoch festgestellt werden, daß Hessen hier kein Ausnahmefall ist. Geht man die von der Ständigen Konferenz der Kultusminister herausgegebene Schrift: „Kulturpolitik der Länder 1973 und 1974“, durch, so findet man unter „Museum“ (soweit dies überhaupt als eigene Rubrik erscheint) lediglich die Aneinanderreihung von Einzelleistungen: Große Ausstellungen, Renovierungen, Neubauten. ¹⁶ Ein museumspolitisches Konzept läßt keine Landesregierung erkennen. Eine Ausnahme bildet das Land Nordrhein-Westfalen. Hier hat eine vom Kultusminister bestellte Kommission einen Strukturplan für die Museen vorgelegt, auf den jedoch hier nicht weiter eingegangen werden kann.

4.

Bei einem Vergleich ¹⁷ der beiden vorliegenden Vorschläge ist Einigkeit in einem Bereich festzustellen: Die museumstechnischen Werkstätten (Restaurierung, Präparierung, Foto, Bibliothek) sind zu zentralen Werkstätten für bestimmte Einzugsgebiete auszubauen. Der GEW - Plan geht hier noch einen Schritt weiter als der Plan des Museumsverbandes: Die Gewerkschaften fordern die Gründung eines Museumszentrums, ¹⁸ in dem neben zentralen Werkstätten auch eine Museumsbibliothek und ein zentraler Drucksachenverkauf untergebracht werden. Sowohl die kleinen Museen – die sogenannten Heimatmuseen – wie auch Benutzer (Schulen, Volkshochschulen, Vereinigungen) könnten sich an eine einzige Anlaufstelle wenden. ¹⁹ Der Verbandsentwurf möchte diese Aufgaben den bestehenden großen Museen übertragen. Einig ist man sich darin, daß eine Reorganisation als dringend notwendig erachtet wird.

Doch schon in diesem technisch - organisatorischen Bereich treten die Unterschiede beider Vorschläge klar hervor. Der Hessische Museumsverband, als die Organisation aller Museumsträger, muß den Partikularinteressen in seinem Vorschlag Konzessionen machen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kann ihren Plan lediglich mit dem Blick auf die Benutzer entwickeln. Deswegen überträgt sie dem geforderten Museumszentrum – „nach Schaffung des notwendigen Personalbestandes“ – auch weitergehende Aufgaben:

- Die Bestandsaufnahme der hessischen Museen ²⁰.
- Beratung und Hilfe bei der Neuordnung von Sammlungen.
- Beratung und Hilfe bei dem Austausch von Leihgaben.
- Neugründung von regionalen Schwerpunkt-museen.
- Einheitliche Inventarisierung der Bestände.

In dem Museumszentrum soll – nach dem Vorschlag der GEW – eine museumspädagogische Abteilung eingerichtet werden. Diese Abteilung hat zu erarbeiten:

- a) Modelle zu einer Kooperation und Integration von Museumsdidaktik und anderen Fachdidaktiken.
- b) Gemeinsame Lernziele.
- c) Curricula für die Erwachsenenbildung sowie für die schulische Jugendbildung an Museen“.

Diesem Konzept liegt die Auffassung zugrunde, daß es ein unnötiger Arbeitsaufwand wäre, wenn jeder Museumspädagoge an jedem Museum eigene Curricula entwickeln würde. Wie lohnend eine gründliche Erarbeitung der Möglichkeiten eines oder mehrerer Museen sein kann, zeigt die neuerdings erschienene Schrift „Lernen im Museum“, die der Frankfurter Arbeitskreis „Schule und Museum“ erstellt hat und von den Dezernaten für Kultur und Freizeit sowie für Schule und Sport der Öffentlichkeit vorgelegt wurde.²¹

Erst wenn der Museumsentwicklungsplan die Weichen für eine solche inhaltliche Arbeit stellt, ist mehr zu erwarten als nur Scheinaktivität und leichte Organisationsverbesserungen. Inhaltliche Gegensätze bestehen auch hier nicht zwischen GEW- und Verbandsplan, letzterer möchte die Museen sogar in den Rahmenrichtlinien für den Schulunterricht berücksichtigt sehen. Doch auch im didaktischen Bereich kennt der Verbandsplan keine zentrale Stelle.²²

Der GEW-Plan stellt sich einem Problem, das im Verbandsplan nicht erwähnt wird: Die nichtstaatlichen Museen können nur von sich aus die Ziele des Museumsentwicklungsplans akzeptieren. Hier wendet der GEW-Plan bewußt den Grundsatz an, daß Geld nur der erhält, der auch bereit ist, die geforderte Leistung zu erbringen. Die Benutzer sind schließlich die Leidtragenden eines Gießkannenprinzips, das es allen und damit niemandem recht machen will. Die GEW schlägt deswegen die Gründung eines Museumsverbandes vor:

„Traditionell beschränkt sich die Sammlungstätigkeit der Museen auf bestimmte überkommene Gattungen: Kunst, oft untergliedert in Malerei und Plastik, Kunsthandwerk, Technik, Naturkunde.²³ Erst eine Verbindung dieser isolierten Objektgruppen kann Zusammenhänge einsehbar machen. Deswegen schließen sich diejenigen hessischen Museen, die bereit sind, die Ziele der Präambel zu unterstützen, zu einem Museumsverbund zusammen. Diesem Museumsverbund allein obliegt die bewußt geplante Steuerung der finanziellen Mittel, die das Land Hessen zur Entwicklung des Museumswesens bereitstellt. Angekauft wird nur, was nicht als Leihgabe (der einzelnen Museen untereinander) zur Verfügung gestellt wird. Zu finanzierende Veränderungen und Neuerwerbungen innerhalb bestehender Museen erfolgen nur auf Initiative der betreffenden Museen“.

Dieser Passus zeigt deutlich, wie sehr im GEW-Plan die Vermittlung Priorität hat. Eine inhaltliche Forderung – nämlich, daß Zusammenhänge sichtbar gemacht werden sollen²⁴ – ist die Grundlage der Forderung nach dem Museumsverbund, der nur diejenigen verbindet, die bereit sind, die Vermittlung als ihre wichtigste Tätigkeit anzusehen. Diese Priorität wird auch von dem Verbandsvorschlag gesetzt, doch fehlt die organisatorische Konsequenz.

5.

Nun wäre es eine Illusion, zu glauben, die öffentliche Hand wäre in der Lage, Mittel für eine Reform des Museumswesens bereitzustellen. Eine solche Reform wäre ja nicht besonders spektakulär, sie würde auch erst nach einigen Jahren greifen. Der Aufbau eines Museumszentrums würde Jahre dauern, selbst wenn die Mittel vorhanden wären. Der Museumsentwicklungsplan ist eine Reform, die Geld kostet. Die vorhandenen Kapazitäten baulicher, technischer und personeller Art reichen nicht aus. Zudem wird ohne attraktives finanzielles Angebot kein nichtstaatliches Museum

dem Verbund beitreten: Warum sollte es auch? Ein wenig Geld aus dieser oder jener öffentlichen Quelle tröpfelt allemal in seinen Haushalt. Die Ziele des Verbunds nach einer Priorität der Vermittlungstätigkeit bedeuten eine erhebliche Arbeitsbelastung. Das bürdet sich niemand aufgrund einiger wohlgemeinter Appelle auf.

So müssen erst einmal kleine Brötchen gebacken werden: Vielleicht gelingt es einzelnen oder auch mehreren Kommunen gemeinsam, einen Plan zu erstellen²⁵. Dieser würde eine spätere Reform durch das Land erleichtern.

Sinnt man nach vorläufigen Lösungen, dann kann man auch an einen Vorschlag erinnern, den der Verband unter der Ziffer C 11 b) macht:

„Um die wissenschaftlichen Grundlagen für eine eigene Museumspädagogik²⁶ zu klären und praktische Erfahrungen zu sammeln, wird die Hessische Landesregierung in Zusammenarbeit mit den Hochschulen umgehend einen Forschungsauftrag erteilen und versuchsweise an einigen großen Museen museumspädagogische Arbeitsstellen einrichten. Für sie stellt das Land geeignete Pädagogen ab, die in Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern der betreffenden Museen, insbesondere auch mit den Museumspflegern, Schulführungsprogramme nicht nur erarbeiten, sondern auch praktisch erproben“.

Würde man diesem Vorschlag folgen, so könnten auch Erkenntnisse zu einem bisher ausschließlich der Fantasie bzw. der Spekulation überlassenen Bereich gewonnen werden: der Frage nach der Wirkung des Museums im allgemeinen, der Museumspädagogik im besonderen.

Eine weitere Zwischenlösung kann man auch in der zielstrebigem Unterstützung pädagogischer Begleitprogramme zu ohnehin geplanten Ausstellungen sehen: Wie erleuchtend wäre eine Evaluation der Jugendstilausstellung in Darmstadt, wie wichtig wäre es, ein Soziogramm der Besucher zu kennen! Und was für spektakuläre aber übliche Superausstellungen gilt, gilt in erhöhtem Maße für didaktisch geplante Präsentationen, etwa die des Historischen Museums in Frankfurt, auch hier fehlt die Evaluation.

Versuchen wir, die verschiedenen Vorschläge für Zwischenlösungen auf einen Nenner zu bringen: Wenn schon ein 1969 erwünschter Plan nicht möglich ist, dann sollte das wenige Geld nicht nach dem Gießkannenprinzip hierhin und dahin tröpfeln. Die verfügbaren Mittel sind auf eine Wirkungsanalyse bestehender Museumspräsentationen im allgemeinen, temporärer Ausstellungen im besonderen zu konzentrieren. Hierzu ist eine klare Entscheidung der politisch Verantwortlichen notwendig, denn welcher Veranstalter ist seinem eigenen Handeln gegenüber so kritisch, daß er die Folgen seines Tuns wissenschaftlich erforschen lassen möchte?

6.

Fassen wir zusammen: Museumsentwicklungspläne sollen die Konsequenz aus den gegenüber dem 19. Jahrhundert veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen ziehen. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Frage nach der Vermittlung des Museumsgutes. Dieser Frage ist die Organisationsform nachzuordnen. Beide für Hessen gemachten Vorschläge setzen mit der Betonung der Vermittlungsfrage die gleiche Priorität. Die organisatorischen Konsequenzen sind unterschiedlich. Gegenwärtig ist eine ernsthafte Planung der Fortentwicklung des Museumswesens aus Kostengründen nicht durchführbar. Deswegen habe ich Zwischenlösungen vorgeschlagen, die Erfahrungen mit

bestehenden Museen und Ausstellungen durch wissenschaftliche Forschung objektivieren. Auf die Erforschung von Erfahrungen mit bestehenden Museen sollten die Geldmittel — auch gegen Widerstände — konzentriert werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zum Beispiel: Douglas Cooper: Große Familiensammlungen, München und Zürich 1967.
- 2 Vgl. Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1971
- 1 Vgl. zum Beispiel: Douglas Cooper: Große Familiensammlungen, München und Zürich 1967.
- 2 Vgl. Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1971⁵, S. 23.
- 3 Vgl. Habermas a.a.O., S. 37.
- 4 Volker Plagemann: Das deutsche Kunstmuseum 1790-1870, München 1967, S. 12.
- 5 Vgl. Detlef Hoffmann: Überlegungen zur Museumsdidaktik, in: Hilmar Hoffmann: Perspektiven der Kommunalen Kulturpolitik, Frankfurt 1974, S. 275-281, bes. S. 275ff.
- 6 Gerhard Bott: Solange es Museen gibt, wandeln sie sich, in: G. Bott: Das Museum der Zukunft, Köln 1970, S. 8.
- 7 Vgl. Detlef Hoffmann: Laßt Objekte sprechen — Bemerkungen zu einem verhängnisvollen Irrtum, in: Ellen Spickernagel/Brigitte Walbe: Das Museum: Lernort contra Musentempel, Gießen 1976, S. 101-120.
- 8 Vgl., zu den Bestrebungen Ende 19. Jahrhundert, Gert Reising: Bildung und Ausbildung im 19. Jahrhundert, in dem in Anm. 7 zitierten Sammelband, S. 43-52, sowie neuerdings Andreas Kuntz: Das Museum als Volksbildungsstätte — Museumskonzeptionen in der Volksbildungsbewegung in Deutschland zwischen 1871 und 1918, Marburg 1976.
- 9 Zur Kunstgewerbebewegung vgl. Andreas Haus: Historismus und Stil in der Kunstindustrie des 19. Jahrhunderts, in: Kritische Berichte, Heft 2/3, 1975, S. 44-55.
- 10 Vgl. etwa meine Polemik gegen das von der Hamburger Kulturbehörde zu diesem Zweck angeforderte Gutachten des ehemaligen Kölner Generaldirektors Gert von der Osten, in: Kritische Berichte, Heft 5/6 1976.
- 11 Abgedruckt in: Hessische Lehrerzeitung 27, Heft 1, Januar 1974, S. 22 und 23, sowie in: Kritische Berichte, Heft 3, 1973, S. 19-23.
- 12 Abgedruckt in: Hessischer Museumsverband e.V., Geschäftsbericht für 1973/74, Anlagen.
- 13 Drucksache Nr. 2432 der 6. Wahlperiode des Hessischen Landtages.
- 14 Drucksache Nr. 3286
- 15 Vgl. Protokoll der 81. Sitzung, 6. Wahlperiode.
- 16 Daß bei einer solchen Lage der Dinge von den Museen nicht viel erwartet wird, geht beispielsweise aus dem Arbeitspapier: Bibliothek in einer menschlichen Stadt, Bonn 1976, hervor; hier steht im Zusammenhang mit der Frage, welche „klassischen Kultureinrichtungen“ zur „Revitalisierung“ der Innenstädte am Abend eingesetzt werden könnten, der bezeichnende Satz: „Museen — so sie überhaupt Anziehungspunkte bilden — haben zur fraglichen Zeit ihre Tore geschlossen.“
- 17 Siehe auch den Beitrag von Ellen Spickernagel auf dem XIV. Deutschen Kunsthistorikertag in Hamburg, 1974; abgedruckt in der Broschüre: „Das Museum und sein Publikum“, S. 33: Die Hessischen Museumsentwicklungspläne. (Hier sind beide Pläne noch einmal abgedruckt); vgl. auch Kritische Berichte, Heft 3/4, 1974, S. 129 f.
- 18 Kontrolliert werden soll das Museumszentrum durch den Museumsrat, den beide Pläne fordern. Im GEW-Vorschlag ist der Museumsrat, sowohl von Museumsleuten, als auch von Benutzern (z.B. Schulen), besetzt; der Verbandsentwurf besetzt den Rat fast nur mit Museumsleuten.

- 19 Daß sich eine solche Anlaufstelle nicht nur passiv verhalten kann, daß sie vielmehr Initiativen ergreifen muß, hat Annegret Peschlow-Kondermann behandelt in ihrem Aufsatz: Über die Notwendigkeit schichtenspezifischer Programme für Museumspädagogik. Beispiel eines Projekts mit Unterschichtkindern, in: Kritische Berichte, Heft 1/2, 1974, S. 35-72.
- 20 Vgl. die richtungsweisende Arbeit von Alfred Höck und Dieter Kramer: Verzeichnis der volkskundlichen und kulturgeschichtlichen Bestände der hessischen Museen, Marburg 1970.
- 21 Lernen im Museum, herausgegeben vom Arbeitskreis Museum und Schule, Frankfurt 1976.
- 22 Das wird besonders dann schwerwiegend, wenn Wanderausstellungen mit didaktischem Charakter organisiert werden sollen, sogenannte Lernausstellungen; vgl. hierzu Martin Scharfe: Zum Konzept der Lernausstellung, in: Volkskunde im Museum, Würzburg 1976, S. 218-236. Scharfe ordnet seine ausstellungsdidaktischen Überlegungen in die Curriculumsdiskussion ein.
- 23 Zum Versuch, das Gattungsmuseum zu überwinden, vgl. meinen unter Anm. 5 zitierten Aufsatz.
- 24 Vgl. auch die gleiche Forderung in dem Beschluß der Stadtverordneten aller drei Fraktionen des Frankfurter Stadtparlaments zur Konzeption des Historischen Museums Frankfurt, abgedruckt in: D. Hoffmann – A. Junker – P. Schirmbeck: Geschichte als öffentliches Ärgernis, Gießen 1974, S. 17 f.
- 25 Die Stadt Frankfurt z.B. unternimmt hier die ersten Schritte.
- 26 Ein sehr konkretes Beispiel hierfür ist Herbert Beck: Plädoyer für eine Museumsdidaktik, in: Aus Hessischen Museen 1, 1975, S. 23-32.